KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für
Rostock und den Landkreis Rostock

DIE LINKE.

Nr. 267 - 29. Jahrgang
JULI 2021
Spendenbeitrag 50 Cent

VOR 80 JAHREN

Am 22. Juni kamen auf dem sowjetischen Ehrenfriedhof am Puschkinplatz etwa 100 Menschen zusammen, um an den Überfall Nazi-Deutschlands auf die Völker der Sowjetunion zu erinnern.
Der Ort des Gedenkens befand sich in keinem guten Zustand, Unkraut wucherte stellenweise mannshoch. Unsere Fraktion wird dieses Problem gegenüber der Verwaltung ansprechen.
Davon abgesehen war es eine sehr gelungene Veranstaltung. Die Präsidentin der Bürgerschaft Regine Lück erinnerte in ihrem Redebeitrag (siehe S. 3) an den besonderen Charakter des antisowjetischen Vernichtungskrieges. Cornelia Nenz, stv. Vorsitzende des Heimatverbandes Mecklenburg-Vorpommern, erzählte in ihrem sehr persönlich gehaltenen Beitrag aus ihrer Familiengeschichte. Sie warb auch für eine andere Politik gegenüber dem heutigen Russland. Die Redebeiträge wurden beeindruckend umrahmt vom Sänger Tino Eisbrenner, der mit seinen politischen Liedern den Anspruch der Veranstaltung unterstrich, einen Bogen von der Vergangenheit in die Gegenwart zu schlagen. Denn das Gedenken an den Krieg ist wertlos, wenn nicht heute alles dafür getan wird, den Frieden zu erhalten.

Dies war auch der Tenor auf der anschließenden Podiumsdiskussion in der Societät maritim. Die Teilnehmer Frau Nenz, Thomas Krüger (SPD), Peter Ritter und Wolfgang Methling berichteten darüber, welche Rolle in ihren Familien die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg spielte. Aber vor allem wurde über unser heutiges Verhältnis zu Russland gesprochen. Die Sicht auf dieses Land ist sehr westdeutsch geprägt, denn Westdeutsche dominieren in den deutschen Medien. Während sie immer wieder die besondere historische Verantwortung gegenüber Israel betonen, gilt dies scheinbar gegenüber Russland nicht.
Wie schon auf dem Puschkinplatz nahmen auch an dieser Veranstaltung zwei ehemalige Oberbürgermeister teil: Henning Schleiff und Roland Methling.

Text und Fotos: Carsten Penzlin

JETZT! MACHEN WIR DAS LAND GERECHT

Der digitale Bundesparteitag vom 19. bis 20. Juni 2021 aus der Sicht zweier Delegierter vom Kreisverband Landkreis Rostock

Hurra, trotz der Affenhitze haben wir ein tolles Wahlprogramm beschlossen!
Wie schweißtreibend die äußeren Umstände waren, konnte man besonders gut im Zentrum des Geschehens in Berlin mitfühlend sehen. Dietmar Bartsch war nach seiner Rede als Spitzenkandidat wassergebadet und auch die Technik verließ uns hin und wieder, zu heiß. Wird unser Wahlkampf so heiß, müssten die 10 % doch spielend zu schaffen sein!
Wir dagegen konnten aus gekühlten Räumen digital das Mammutprogramm mit gutem Ergebnis realisieren. Denn man muss bedenken, dass es zu diesem Leitantrag ursprünglich durch eine fleißige Parteibasis Hunderte, gefühlt Tausende Änderungsanträge gab.
Dankenswerterweise hat die Antragskommission zusammen mit dem Parteivorstand und den Antragsstellern in der Woche vor dem Parteitag in verschiedenen Konferenzen die Themenkomplexe vordiskutiert. Dabei wurde erreicht, dass die Mehrzahl der Anträge durch den Parteivorstand sofort übernommen bzw. durch die Antragsteller z.B. wegen Dopplung zurückgezogen wurde. Herzlichen Dank für diese fleißige Bienchenarbeit! DIE LINKE wie sie sein kann – konstruktiv und zielorientiert!
Fortsetzung auf S. 4

In dieser Ausgabe

Seite 2: Aktuelles
Seite 3: Gedenken
Seite 4: Bundesparteitag
Seite 5: Esther Bejarano
Seite 6/7: Bürgerschaft
Seite 8: Landtagskandidaten
Seite 9: Heidi Bluhm
Seite 10: Kunst am Bau
Seite 11: Geburtstagskind
Seite 12: Wahlkampf

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,
vor Euch liegt die Sommerausgabe des KLARTEXT. Atmet noch einmal tief durch, bevor Ihr Euch (sofern es die Gesundheit noch erlaubt) im Wahlkampf auf die Sokken macht, um für die LINKE und ihre Kandidaten zu werben. Ein Programm zur Bundestagswahl haben wir nun auch, wie Ihr dem Bericht von Karin und Christoph entnehmen könnt (Seiten 1 und 4). Sogar bürgerliche Medien haben uns bescheinigt, im Vergleich zu unseren Mitbewerbern besonders konkrete Antworten auf die Probleme der Gegenwart und die Herausforderungen der Zukunft zu haben. Sie sagen auch, dass Gering- und Normalverdiener am meisten von unserem Steuerkonzept profitieren könnten. Wenn wir an die Regierung kommen und unser Programm umsetzen. Jedes Volk hat ja bekanntlich die Regierung, die es verdient. Wir werden sehen.

Der Tod der Auschwitz-Überlebenden Esther Bejarano hat uns wieder vor Augen geführt, dass es immer weniger Zeitzeugen gibt, die aus eigenem Erleben über den dunkelsten Teil der deutschen Geschichte erzählen können. Umso wichtiger ist es, das Gedenken in die Hände nachfolgender Generationen zu geben. So geschehen auf dem Gedenkort am Puschkinplatz, aber auch zum Beispiel beim Gedenken an die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus (Seite 11). Wir bedanken uns herzlich an die Organisatoren.
Die nächste Ausgabe unserer kleinen Mitgliederzeitung erscheint Ende August. Dann hängen schon die ersten Wahlplakate. Wird das schön!
Viel Vergnügen beim Lesen dieser Ausgabe unserer Mitgliederzeitung wünscht Euch die KLARTEXT-Redaktion. *Carsten Penzlin*

AKTUELLES

Weg mit den Kopfnoten!

Zur Bewertung des Arbeits- und Sozialverhaltens von Schülerinnen und Schülern durch sogenannte „Kopfnoten“ erklärt die Vorsitzende und bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Simone Oldenburg:
„Am Ende des Schuljahres sind viele Schülerinnen und Schüler in einer absurden Situation: Sie erhalten ein Zertifikat über besondere Kompetenzen in der Pandemie. Gleichzeitig wird bei ihnen das Arbeits- und Sozialverhalten bewertet. Fakt ist, dass es kaum möglich ist, vor allem das Sozialverhalten der Kinder und Jugendlichen im zweiten Schulhalbjahr objektiv zu bewerten, da sie lange Zeit gar nicht in der Schule lernen konnten. So gibt es Beispiele, dass sich Kinder im 2. Halbjahr gegenüber dem ersten Halbjahr im Sozialverhalten in der Note verschlechtert haben, obwohl sie nur wenige Tage überhaupt Präsenzunterricht hatten. Gleichzeitig erhalten sie aber Lob für dieses Verhalten in der Pandemie.
Dieser eklatante Widerspruch macht deutlich, wie unnütz Kopfnoten sind. Deswegen: Weg mit den Kopfnoten!
Denn mit ihnen wird man der Beurteilung der Entwicklung und des Verhaltens der Kinder und Jugendlichen nicht gerecht. An die Stelle der Kopfnoten muss das jährliche Gespräch zwischen Eltern, Kind und Lehrkraft treten. So lassen sich positive Entwicklungen wesentlich besser loben und noch vorhandene Reserven aktivieren.“

AKTUELLES

Gewalt an Schulen dramatisch gestiegen - Schulsozialarbeit verstetigen

Zur Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage „Durchführung der Verwaltungsvorschrift für den Umgang mit Notfällen an den öffentlichen Schulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern in den Schuljahren 2019/2020 und 2020/2021“ erklärt die Vorsitzende und bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Simone Oldenburg:

„Die Präventionsmaßnahmen des Bildungsministeriums an den Schulen laufen offenbar ins Leere. Allein im ersten Halbjahr des Schuljahres 2020/2021 gab es an den Schulen 248 erfasste Gewaltdelikte. Das entspricht bereits etwa 70 Prozent der Fälle des gesamten Vorjahres – obwohl die Schulen coronabedingt lange Zeit geschlossen waren.
Besonders dramatisch ist der Anstieg der Vorfälle, die sich gegen das eigene Leben oder das Leben anderer richtet – davon sind bereits in einem halben Jahr mehr Fälle als im gesamten Vorjahr aufgetreten. Diese Gewaltausbrüche sind offenbar Folge der großen psychischen Belastungen und Versagensängste bei vielen Schülerinnen und Schülern, aufgrund der äußerst schwierigen Lernbedingungen der zurückliegenden Schuljahre.
Dieses Alarmsignal muss Bildungsministerin Bettina Martin endlich wachrütteln und zum Handeln bewegen. Neben den individuellen Förderungen der Schülerinnen und Schüler beim Schließen der Wissenslücken bedarf es einer intensiven psychologischen und sozialen Betreuung. Die in Aussicht gestellten Maßnahmen des Bildungsministeriums reichen hierfür bei weitem nicht aus. Schulsozialarbeit gehört an jede Schule und zwar dauerhaft. In jedem Schulamt muss mindestens ein mobiles Beratungsteam auch für die psychologische Betreuung der Kinder da sein.
Gerade jetzt brauchen Lehrkräfte als unmittelbare Ansprechpartner für die Kinder mehr Zeit für die Unterstützung der Schülerinnen und Schüler auch außerhalb des Unterrichts. Gute Lern- und Arbeitsbedingungen an den Schulen sowie eine frühzeitige Intervention bei Problemen sind der Schlüssel, Gewalt von den Schulen zu verbannen.“

VOR 80 JAHREN - ÜBERFALL AUF DIE SOWJETUNION

Grußwort der Präsidentin der Rostokker Bürgerschaft Regine Lück zum 80. Jahrestag des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion

In den frühen Morgenstunden des 22. Juni 1941 überfielen deutsche Soldaten und verbündete Finnen, Rumänen, Slowaken und Ungarn die Sowjetunion. Es brach die Hölle los. 3,3 Millionen allein deutscher Soldaten, 600.000 motorisierte Fahrzeuge und 3.500 Panzer überschritten die Grenze zur Sowjetunion. Von der Ostsee bis zu den Karpaten marschierte die Wehrmacht ein und überrollte die kaum vorbereitete Rote Armee. Was folgte, war ein Vernichtungskrieg bisher unbekannten Ausmaßes. Es begann das „Unternehmen Barbarossa“. In einem sog. Blitzkrieg sollte die Wehrmacht das sowjetische Territorium bis zum Ural erobern und auf Dauer besetzen. Der Einmarsch war zentraler Teil des Plans, „Lebensraum“ für das deutsche Volk zu schaffen und eine Gelegenheit, den verhassten Kommunismus zu vernichten. Es gab dazu u.a. einen Befehl, Kommissare der Roten Armee und Intellektuelle mit besonderer Härte und Brutalität zu behandeln. Der „Kommissarbefehl“ sah vor, Angehörige der sowjetischen Streitkräfte, die politischen Kommissare, nicht als Kriegsgefangene zu behandeln. Sie waren bereits an der Front zu töten. Wenn sie später entdeckt wurden, verbrachte man sie zur Liquidierung in die Konzentrationslager. Allein in Buchenwald ermordete die SS in der Exekutionsanlage „Pferdestall“ 8.000 sowjetische Häftlinge.

Aber es begann auch die entscheidende Phase im Plan der Nazis, „das Judenproblem zu lösen“. Erinnert sei an das Massaker von Babi Jar, bei dem rund 100.000 Menschen – unter ihnen 33.000 Jüdinnen und Juden – aber auch als Zigeuner verfolgte Menschen und sowjetische Kriegsgefangene ermordet wurden.

Insgesamt fielen der Barbarei ungefähr 1,5 Millionen Juden in den von den Nationalsozialisten besetzten Gebieten der Sowjetunion zum Opfer.

Aber das faschistische Deutschland führte den Feldzug nicht nur gegen ausgewählte Bevölkerungsgruppen oder politische Gegner. Vom ersten Tag an richtete sich der menschenverachtende Terror gegen die gesamte Zivilbevölkerung der Sowjetunion, deren Einwohner als Untermenschen bezeichnet wurden, um das grauenhafte Morden zu rechtfertigen. Eines der schlimmsten Kriegsverbrechen war die Blockade von Leningrad, die in den über drei Jahren über eine Million Menschenleben kostete.

Insgesamt verloren im Zweiten Weltkrieg geschätzt mindestens 55 Millionen Menschen ihr Leben – die Sowjetunion allein mehr als 26 Millionen, also fast die Hälfte. Diese Zahlen sind unfassbar.

Daher darf das Datum des Überfalls Nazideutschlands auf die Sowjetunion niemals in Vergessenheit geraten! Erst recht nicht in einer Zeit, da Stimmen wieder salonfähig zu werden drohen, die diesen Überfall als Präventionsschlag bezeichnen oder den Holocaust und die Ermordung und Verfolgung von Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen, Homosexuellen sowie von Sinti und Roma leugnen.

Dass die Verbrechen gegen die sowjetischen Kriegsgefangenen dabei in großen Teilen von der Wehrmacht und damit von Hunderttausenden einfachen Soldaten begangen wurden, macht sie zu Gesellschaftsverbrechen und erschwert eine Anerkennung bis heute. Im öffentlichen Diskurs äußert sich diese Haltung vor allem in Versuchen der Relativierung durch die Gleichsetzung deutscher und sowjetischer Opfergruppen. Politikern der Linkspartei und der Grünen im Bundestag ist zu verdanken, dass 2015 an 1767 ehemalige sowjetische Kriegsgefangene eine „Anerkennungszahlung“ in Höhe von 2.500 Euro pro Person gezahlt wurde.

Ich bin überzeugt, dass wir den Weg der Erinnerungskultur weiter gehen müssen. Viele Menschen wollen das nicht vergessen. Das ist auch gut so!

Anlässlich des 80. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion bleibt es aktuelle geschichtspolitische Aufgabe, die Erinnerung an diesen Vernichtungskrieg lebendig zu halten. Vor allem im Interesse unser Kinder und Enkel und nachkommender Generationen.

Wir sind verpflichtet, das mahnende Gedenken an den 22. Juni 1941 aufrecht zu erhalten. Dafür stehen wir gemeinsam hier und ich danke Ihnen für Ihr Kommen!

Leserbrief zum 100. Geburtstag von Garde Kapitän Semjon Michailowitsch Dmitrewski

S.M. Dmitrewski ist mit seinen Soldaten am 1. Mai 1945 in unsere Heimatstadt Rostock einmarschiert und hat so den Grundstein für ihre Befreiung vom Hitlerfaschismus gelegt.

Am 23. August 1921 geboren, ist er mit knapp 20 Jahren Soldat der Roten Armee und erleidet gleich seine erste Verwundung. Sieben sollten noch folgen auf den Schlachtfeldern zur Befreiung von Leningrad, Belarus, den baltischen Sowjetrepubliken und Polen. 24 Jahre ist er alt, als er in Rostock einmarschierte. Seither fühlte er sich unserer Stadt sehr verbunden. Mehrere Besuche in Rostock ab 1965 sollten dieses Gefühl noch festigen. Als Gast unserer Stadt weilte er auch immer wieder an der Herderschule am Goetheplatz. Sie war eine Schule mit erweitertem Russischunterricht. Er sprach zu den Schülerinnen und Schülern und erzählte über seine Erfahrungen und Erlebnisse. Zu besonderen Festtagen empfingen wir Post aus Moskau mit der Mahnung, alles für die Erhaltung des Friedens zu tun. Einmal zitierte er: Jugend, gib acht!/ Hüte Dein Feuer gut!/ Blüte und Pracht werden Asche in Krieg und Glut./ Hüte, ja hüte deine Flamme, wie dein rotes Blut! – Am 25. Februar 2004 ist Semjon Michailowitsch Dmitrewski verstorben. Heute wirkt seine Tochter Lena, um sein Vermächtnis nicht zu vergessen.

Ich fühle mich als ehemaliges Kind des Krieges, das den Krieg erlebt hat, mit allen, die für FRIEDEN eintreten, sehr verbunden. Ich finde die geplante weitere Aufrüstung der Bundeswehr und die weitere Ausdehnung der NATO gen Osten, die die Ministerin A. Kramp-Karrenbauer verkündet hat, eklatant. Diese Politik ist in jeder Hinsicht ein grober Verstoß gegen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger. FRIEDEN SCHAFFEN OHNE WAFFEN! Das sollte die Devise sein.

Lilo Kossian

BERICHT VOM BUNDESPARTEITAG

Fortsetzung von S. 1 Trotzdem verblieben immer noch genügend Anträge für die Parteitagsdelegierten zu bearbeiten, was sich trotz digitaler Arbeitsmethoden als zeitaufwendig herausstellte. So kam es dann am Samstag zu vorgerückter Stunde durch das Arbeitspräsidium des Parteitages zu dem Vorschlag, die Einbringungsreden für die Änderungsanträge von zwei Minuten auf eine Minute zu verkürzen, was durch die Mehrheit der Delegierten auch beschlossen wurde. Wir beide stellten dabei fest, dass außerdem viel Zeit bei den Abstimmungen selbst eingespart werden kann, denn diese betrug jeweils auch zwei Minuten. Laut Hochrechnung sind das bei 30 Abstimmungen immerhin 60 Minuten. Also stellten wir den Geschäftsordnungsantrag, die Abstimmungszeit gleichermaßen auf eine Minute zu verkürzen. Viele Delegierte klatschten spontan virtuell in die Hände und stimmten für den Antrag. Unser Kreisverband hat also auch seinen Beitrag dazu geleistet, dass sich der Parteitag relativ günstig in seinem Zeitplan bewegte, was ja selten der Fall ist. Was man doch Alles mit kleinen Aktivitäten bewirken kann!

Kommen wir zu wichtigen Inhalten des Parteitages. Die Generaldebatte wurde von der Vorsitzenden Henning-Welsow eingeleitet, die uns nicht unbedingt zu Beifallsstürmen hinriss. Darauf folgte die so genannte Generaldebatte (wobei wir uns schon immer fragen, welcher General deren Namensgeber war). Diese Debatte war in 6 Themenkomplexe strukturiert und brachte gute Anregungen zu unseren Wahlprogrammschwerpunkten. Zum Beispiel wurde geklärt, dass unsere Forderungen nach Enteignung von Eigentum im Zusammenhang mit der Realisierung der Grunddaseinsfunktionen eigentlich eine notwendige Wiederaneignung durch das Volk ist.

Beim Thema Frieden und Solidarität wurde die so genannte Friedenspolitik der Grünen anschaulich auseinander genommen.

Aufgelockert wurde die Generaldebatte von Grußworten nationaler und internationaler Politprominenz, z.B. Simone Oldenburg, von einem Vertreter der Frente Polisario und einem Vertreter der linken Volksfrontregierung aus Finnland.

Die danach beginnenden Abstimmungen zum Wahlprogramm wurde uns Delegierten wieder in bewährter Weise mit einem Abstimmungsheft erleichtert. Jeder Themenkomplex begann mit einer Momentaufnahme von Gegebenheiten, Problemen und Lösungsangeboten in den verschiedensten Regionen der Republik, dargestellt von Protagonisten unserer Partei vor Ort. Sie füllten damit das symbolische Auftragsbuch für die neue Bundestagsfraktion mit Aufgaben, welches Dietmar Bartsch und Janine Wissler nach Beschlussfassung des Wahlprogramms überreicht bekamen. Eine tolle Parteitagsregie, Dankeschön!

Wie auf den vorangegangenen Bundesparteitagen wiederholt bei der Beschlussfassung zu Leitanträgen geübt, gab es eine spezielle Arbeitsstruktur. Das Gesamtprogramm wird in viele Teilthemenkomplexe durch die Antragskommission aufgesplittet. Dann bringen die Antragsteller von Änderungsanträgen diese in die Debatte ein. Höchste Konzentration ist dabei für jeden Delegierten notwendig, denn danach gibt

es eine Abstimmung darüber, ob dieser Abschnitt insgesamt wie vorgeschlagen bleiben soll, oder ob jeder Antrag einzeln verhandelt wird. Diese Abstimmungen verliefen sehr verschieden. Mal gab es sehr eindeutige Mehrheiten Für oder Gegen eine Einzeldiskussion, oder es war nur ein sehr geringer Unterschied von ca. 10 Stimmen. Mit Mehrheiten muss man leben, wenn das auch manchmal schwer fällt. Gerade bei dem Thema Frieden und internationale Solidarität, das erst am Samstag Abend um 21.00 Uhr (dem offiziellen Tagungsende laut Zeitplan) aufgerufen wurde. Da wurden einige gute Änderungsanträge im Block abgelehnt, da die Arbeitsschmerzgrenze der Delegierten erreicht war. Müdigkeit groß, Konzentration ließ nach und der Wille nach Grundsatzauseinandersetzungen war damit geringfügig vorhanden. Andererseits sollten wir immer daran denken, dass wir ja ein tolles Parteiprogramm, gerade auch zu dieser Thematik, haben.

Der Sonntag begann mit einem guten Bericht von Barbara Borchardt für den Bundesausschuss. Danach ging der Marathon mit Abstimmungen zum Wahlprogramm weiter. Wir bemerkten für uns, dass unsere Stimmungslage auch zunehmend von dem agierenden Arbeitspräsidium bestimmt wurde. Da gab es die gewaltigen Unterschiede zwischen konstruktiv - locker und verbissen - belehrend. Uns gefiel Ersteres besser.

Zwischen den Blockabstimmungen gab es weitere Grußworte von der Kapitänin Carola Rackete eines der Rettungsschiffe, vom Vorsitzenden des DGB Reiner Hoffmann und einer Aktivistin von „Fridays for future“. Rackete sprach dabei weniger von ihrer Rettungsarbeit im Mittelmeer, sondern von dem dringend notwendigen sozialökologischen Wandel, der im Kapitalismus nicht zu bewältigen ist.

Um 13.00 Uhr haben wir dann unser Wahlprogramm mit überwältigender Mehrheit von über 87% beschlossen!

Danach hörten wir eine sehr engagierte und mit vielen klaren Beispielen untersetzte Rede von unserem Spitzenkandidaten Dietmar Bartsch. Es wurde überdeutlich wie stark DIE LINKE im Deutschen Bundestag gebraucht wird. Direkt im Anschluss sprach die Spitzenkandidatin Janine Wissler gleichermaßen engagiert. Allerdings hätten sich unserer Meinung nach Beide besser mit Absprache speziellen Themen zuwenden können, statt Vieles wiederholend anzusprechen. Doppelt hält zwar bekanntlich besser, aber innerhalb von einer Stunde nicht unbedingt.

Nach den sich anschließenden Wahlen zur Bundesschiedskommission und der Bundesfinanzrevisionskommission und der immer weiter abnehmenden Anzahl teilnehmender Delegierter endete am Sonntagabend um 18.00 Uhr unser Bundesparteitag mit dem traditionellen gemeinsamen Gesang der „Internationale“. Obwohl oft erlebt immer noch Gänsehaut und diesmal besonders, wir haben sogar noch Strophe 2 geschafft. Klappt nicht immer!

Resümee:

1. Parteitage zu Hause haben auch etwas für sich. Die Verpflegung klappt ohne erhöhte Kosten und bleibt abwechslungsreich. Man kann bei besonderen Bedingungen auch zwischendurch kühlende Maßnahmen ergreifen.
2. Digitale Parteitage ermöglichen völlig neue Einblicke in die Wohnwelt weit entfernter Genossinnen und Genossen. Und es entstehen neue Sprachbilder: „Komme jetzt durch die Tür!“ (Für die Zuschaltung der virtuellen Teilnehmer)
3. Wir können stolz darauf sein, in dieser Partei mit dieser Programmatik zu arbeiten. Nun gilt es viele Menschen von diesen Ideen zu überzeugen. Machen wir uns gemeinsam dazu auf den Weg!

Karin Schmidt und Dr. Christoph Küsters

ANTIFASCHISMUS

ESTHER BEJARANO VERSTORBEN

Am 10. Juli ist die Ehrenpräsidentin der VVN-BdA Esther Bejarano ruhig und friedlich eingeschlafen.

Wir alle kannten Sie als eine Frau von großer Entschiedenheit und geradezu unglaublichem Elan, die viele von uns noch bis vor kurzem auf der großen Bühne erleben durften. Zuletzt saß sie am 8. Mai auf unserer kleinen Bühne im Hamburger Gängeviertel und erzählte von ihrer Befreiung am 3. Mai 1945 durch Soldaten der Roten Armee und der US-Armee, die kurz nacheinander in der kleinen Stadt Lübz eintrafen. Dort hatte Esther mit einigen Freundinnen aus dem KZ Ravensbrück Unterschlupf gefunden, nachdem sie gemeinsam dem Todesmarsch entflohen waren.

Wenige Tage zuvor, am 3. Mai, den sie ihren zweiten Geburtstag nannte, hat Esther sich noch mit einer Video-Botschaft zum Tag der Befreiung an uns alle gewendet. Darin bezog sie noch einmal deutlich Stellung zu aktuellen Auseinandersetzungen in der Stadt Hamburg und im ganzen Land. Obwohl sie dabei schon im Rollstuhl saß, waren ihre Worte klar und ihre Stimme kräftig.

Wir verdanken Esther viel; sie war immer da, wenn wir sie brauchten. Als 1990 zum ersten Mal ein Bundessprecher:innenkreis gewählt werden sollte und dafür Personen gesucht wurden, die Tradition und „Neuanfang“ verkörperten, stand sie dafür zur Verfügung und wurde eine unserer ersten Bundessprecherinnen in einer Zeit, in der wir der Diffamierung des Antifaschismus als „diskreditiert“ und „überkommen“ entgegentreten mussten. Sie hat einen großen Anteil daran, dass das gelungen ist. Als im November 2019 das Finanzamt für Körperschaften in Berlin unsere Gemeinnützigkeit bestritt, schritt sie mit ihrem flammenden Appell an Olaf Scholz „Das Haus brennt und Sie sperren die Feuerwehr aus“ ein und verbreiterte die öffentliche Debatte. Damit hat sie wesentlich zu unserem Erfolg in dieser Auseinandersetzung beigetragen.

Nun ist die unermüdliche „Zeitzeugin“ gegen Vergessen des historischen und Verharmlosen des aktuellen Faschismus, Mahnerin und Kämpferin für Menschenrechte, Frieden und eine solidarische Gesellschaft von uns gegangen. Sie wird uns fehlen, vielen von uns auch als verlässliche Freundin. Wir denken an sie in Dankbarkeit, Trauer und Liebe. Nehmen wir ihre letzte öffentliche Botschaft als Vermächtnis und arbeiten wir weiter daran, dass der 8. Mai endlich auch in Deutschland ein Feiertag wird, so wie sie es in ihrer Rede am 3. Mai noch einmal vorgetragen hat:

„Ich fordere: Der 8. Mai muss ein Feiertag werden! Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. Das ist überfällig seit sieben Jahrzehnten. Und hilft vielleicht, endlich zu begreifen, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung war, der Niederschlagung des NS-Regimes. Am 8. Mai wäre dann Gelegenheit, über die großen Hoffnungen der Menschheit nachzudenken: Über Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – und Schwesterlichkeit.“ *www.vvn-bda.de*

AUS DEM EU-PARLAMENT

Die schmutzigen Steuertricks der Konzerne

Die Coronakrise ist ein Weckruf für den Kampf um die Umverteilung des Wohlstandes, welcher sich in den Händen weniger anhäuft. Das Jahr 2020 bescherte supereichen Unternehmensbesitzer:innen wie Jeff Bezos, Bill Gates oder Mark Zuckerberg einen Geldregen, denn die Kassen der multinationalen Großkonzerne, insbesondere der Digitalunternehmen, klingelten weiter ohne Halt. Die Gewinne von Microsoft und Facebook sind zum Beispiel um jeweils 44 Prozent und 53 Prozent in die Höhe geschossen. Dennoch sehen diese Digitalgiganten neben Amazon ganz schön alt aus. Mit 386 Milliarden US-Dollar erreichten Amazons Rekordumsätze eine Größenordnung von der gesamten Volkswirtschaft Irlands und erbrachten den Inhaber:innen eine Gewinnsteigerung von 84 Prozent.

Steuertricks als Geschäftsmodell

Das Erfolgsrezept dieser multinationalen Großkonzerne besteht jedoch nicht nur aus Kundenfreundlichkeit. Nein, neben ausbeuterischen Arbeitsbedingungen und Monopolbildung haben es Tech-Giganten wie Amazon, Facebook und Co. gelernt aus Steuertrickserei ein Geschäftsmodell zu machen. Mit ausgeklügelten Strategien verschieben sie jährlich Milliarden an Gewinnen in Steueroasen. Die Verluste für die öffentlichen Kassen sind enorm. Die Rechnung zahlen am Ende wir alle, wenn öffentliche Leistungen gekürzt oder Infrastruktur, wie Schienennetze und Breitband-Internetzugänge, vernachlässigt werden.

Im Rahmen meiner Arbeit im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments habe ich daher eine Studie in Auftrag gegeben, um der Profitverschiebung der großen Multis und den daraus entstehenden Steuerverlusten in der EU auf den Grund zu gehen: https://www.martin-schirdewan.eu. Das Ausmaß ist erschreckend! Gewinne in Höhe von 287 Milliarden Euro werden im Jahr aus der EU gemogelt. Insgesamt gehen so 50 Milliarden Euro an Steuereinnahmen verloren.

Deutschland verliert 20 Milliarden pro Jahr

Den traurigen ersten Platz unter den geschädigten in der EU erhält Deutschland (siehe Grafik 1). Ein Drittel der Gewinne, welche aus der EU verschoben werden, kommt aus der Bundesrepublik. Hierzulande gehen uns so ganze 20 Milliarden Euro an Steuergeldern durch die Lappen (siehe Grafik 2). Das sind 30 Prozent der Einnahmen aus der Körperschaftssteuer. Mit diesen Geldern könnten wir die gesamte Neuverschuldung Deutschlands durch die Coronakrise im Jahr 2020 innerhalb von ungefähr einem Jahrzehnt abbezahlen. Daraus wird deutlich: Es braucht keine Sparpolitik, sondern Steuergerechtigkeit!

Konservative sind bereits auf dem Vormarsch, um im Nachspiel der Coronakrise den Abbau der Schulden durch Abbau staatlicher Unterstützung und Leistungen zu fordern. Unsere Antwort muss hier Umverteilung heißen. Lasst uns konsequent dafür einsetzen, Steueroasen trocken zu legen, Schlupflöcher zu schließen und Großkonzerne zur Kasse zu bitten!

Martin Schirdewan, Mitglied des EU-Parlamentes

BERICHT VON DER BÜRGERSCHAFTSSITZUNG AM 16.6.

Am 16. Juni tagte die Rostocker Bürgerschaft zum vorerst letzten Mal in diesem Jahr in der Stadthalle. Im Juli ist Sommerpause.
Eröffnet hat die Sitzung die Präsidentin Regine Lück, mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit mit 41 Anwesenden. Auch konnte sie dem Geburtstagskind Eva-Maria Kröger mit einem kleinen Blumenstrauß gratulieren.

Am Anfang gab es viele Vertagungen

Ein Antrag zur schnellstmöglichen Sanierung/Reparatur des Leichtathletikstadions wurde von uns zurückgezogen. Dieser Antrag war eine unmittelbare Reaktion auf Ereignisse im Leichtathletikstadion nach dem erfolgreichen Aufstiegsspiel von Hansa Rostock. Dort kam es bei Feiern zu starker Sachbeschädigung und Verunreinigung durch anwesende Hansa-Fans.
Genosse Christian Albrecht erklärte, dass dies auch Thema im Sportausschuss gewesen sei und nach einer kurzen Rückmeldung und einem persönlichem Gespräch bei der Verwaltung, konnte er verkünden, dass der Auftrag abgearbeitet ist. Das Leichtathletikstadion sei dank des ehrenamtlichen Engagements der Leichtathleten und freiwilligen Helfern und Spenden, auch von Hansa Rostock, wieder hergerichtet und der Antrag könne daher zurückgezogen werden.

Es soll eine Sitzbank in Regenbogenfarben aufgestellt werden. Diese Regenbogenbank hat in Ausschüssen zu starken Verwerfungen geführt, da sich Abgeordnete ermächtigt sahen, die Schülerinitiative politisch zu missbrauchen und sowohl die Bedeutung und den Standort dieser Bank in Frage zu stellen oder gänzlich umzudeuten.
Ursprünglich ist die Regenbogenbank eine Initiative von Schülern, welche sich für Vielfalt und Gleichberechtigung der Schwulen- und Lesbengemeinschaft stark machen. Eva-Maria Kröger hat in ihrer Funktion als Vorsitzende des CSD den Abgeordneten unmissverständlich im Vier-Augen-Gespräch klar gemacht, dass diese Einmischung deren Kompetenzen weit überschreitet und sie diese Aktionen nicht duldet. Der Antrag auf Aufstellung wird vertagt und die Initiatoren der Bank wollen sich nochmal mit der Queer-Community zusammensetzen um ihre Aktion in richtige Bahnen zu lenken.

Nach dem Vorbild des Kurparks in Warnemünde und dem Bücherschrank in der Östlichen Altstadt sollen Bücherbäume in weiteren Stadtteilen entstehen. Mit dieser Aktion sollen Bücher für viele Menschen öffentlich zugänglich gemacht werden und laut Planung an den Bäumen, in umgenutzten Telefonzellen oder einfachen Schränken aufgestellt, und dort zum Tausch oder zum Verweilen und Lesen in den mit Sitzplätzen ausgestattet Arealen einladen. Da dies auch baurechtliche Fragen aufwirft, wurde der Antrag in die Ortsbeiräte delegiert und diese sollen nun entscheiden, ob sie einer solchen interessanten Aktion in ihren Stadtteilen zustimmen und sie unterstützen werden.
Das waren die wichtigsten Vertagungen. Nun zu den Anträgen.

Wieder der Naidoo

In der letzten Sitzung im Mai hatte sich die Bürgerschaft in einer knappen Abstimmung gegen einen Auftritt von Xavier Naidoo in der Stadthalle ausgesprochen. Die Präsidentin Genossin Lück informierte nun die Vertreter der Bürgerschaft, dass ein Widerspruch des

Die Fraktion wird über die Arbeit des Beirates für Bürgerbeteiligung informiert
Foto: C. Penzlin

Oberbürgermeisters in dieser Angelegenheit vorliegt.
Der Vorgang ist den Mitgliedern der Bürgerschaft auch im Vorfeld übermittelt worden. Denn im Falle eines Widerspruchs muss die Gemeindevertretung (in unserem Fall die Bürgerschaft) nach § 33 Absatz 1 der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern über die Angelegenheit in der nächsten Gemeindesitzung erneut beschließen. Daher wurde die Angelegenheit erneut auf die Tagesordnung gesetzt.
Seit dem 16. Juni 2021 liegt, neben dem Widerspruch des Bürgermeisters Madsen, der Bürgerschaft nun eine weitere Anlage vom Innenministerium MV vor, mit der bestätigt wird, dass das Ministerium die dem Widerspruch zugrundeliegende Rechtsauffassung des OB bestätigt. Vor dem Hintergrund des vorliegenden Widerspruchs des Oberbürgermeisters und der Stellungnahme des Innenministeriums nahmen die Fraktionen der Bürgerschaft nun erneut Stellung zu der Angelegenheit. Hinzu kam noch ein Änderungsantrag der Grünen, welcher nicht als Änderungsantrag zu werten sei, weil dieser letztendlich nur politische Probleme beschreibt und für die Grünen die Möglichkeit erhält, ihre alte Position aufzugeben und den eingeschlagenen Kuschelkurs mit dem Oberbürgermeister nicht zu gefährden.

Wieder einmal ging es nun in der Bürgerschaft munter im Meinungsaustausch hin und her. Es wurden verschiedene Auffassungen der Grundrechte erläutert, die CDU und FDP ließen sich natürlich wieder zu einem Meinungsverbot als „wie zu DDR-Zeiten“ hinreißen. Da aber diese beiden Parteien auch in der jüngsten Vergangenheit deutlich gezeigt haben, dass sie kein Problem mit Menschen und Bewegungen haben, welche sich gegen die demokratische Grundordnung stellen, wies Genossin Eva-Maria Kröger zu Recht nochmal darauf hin, dass wir Haltung zeigen und das wir als LINKE das viel zitierte „Wehret den Anfängen!“ jederzeit mit voller Hingabe vertreten. Dafür braucht es, so Eva-Maria weiter, Rückgrat und einen langen Atem. Zwei unserer Grundtugenden, welche nur noch von uns und der SPD in der Bürgerschaft vertreten werden. Wir sind gewillt, den Weg bis hin zu den obersten Gerichten zu gehen, um diesen Verschwörungsfanatiker Naidoo den Auftritt in unseren Hallen zu verwehren. Denn wie Genosse Robert Kröger im Verlauf der Diskussion richtig anmerkte, ist es bei Juristen so, dass es immer bei zwei Juristen drei Meinungen zu einem Sachverhalt gibt. Auch sei das Innenministerium kein Gericht, sondern nur ein Ministerium, was die Interessen der derzeit regierenden Partei mit vertritt. Eine Argumentation, der sich die SPD-Fraktion angeschlossen hat. Die Grünen wollen keinen Streit mit dem Oberbürgermeister, und haben sich in der Abstimmung fast komplett enthalten. So kam es in der Neuabstimmung über das Konzertverbot in der Stadthalle, nach Auszählung zu 5 Enthaltungen von der Grünen-Fraktion, 20 Dafür- und 20 Dagegen-Stimmen.
Weil es diesmal zu keiner Mehrheit in der Bürgerschaft kam, wurde der Antrag jetzt abgelehnt und der Coronaleugner und Impfgegner Xavier Naidoo darf seine kruden Theorien in der Stadthalle verbreiten.

Die Unterschriftenaktion für mehr Krippenplätze

Eine Initiative forderte in einer Unterschriftenaktion mehr Personalstellen für Krippenplätze. Eine Aktion, die die Parteien im Wahlkampf gerne aufgreifen. Die Vorsitzende der Fraktionen der SPD, DIE LINKE.PARTEI, CDU/UFR und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben daher einen Antrag eingereicht, welcher sich dieser Problematik annimmt und eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels fordert.
Die Verwaltung unter unserem Sozialsenator Genossen Steffen Bockhahn hat zu dem Antrag eine, laut Aussagen vieler Bürgerschaftsmitglieder, sehr gute Stellungnahme verfasst. So heißt es im Text, dass die Verwaltung die Initiativen zur Verbesserung der Betreuung und Bildung von Kindern in Kindertagesstätten begrüße. Eine Anpassung der jeweiligen Schlüssel wird auch seitens der Verwaltung seit geraumer Zeit für erforderlich gehalten. Hierzu sollten jedoch die derzeit laufenden Verhandlungen zu einem neuen Landesrahmenvertrag mit dem Land abgewartet werden, um einerseits landeseinheitliche Standards möglich zu machen und andererseits nicht möglicherweise binnen kürzester Zeit mehrfach die Schlüssel ändern zu müssen.
Denn wie Senator Bockhahn in seiner Rede dazu ausführte, seien die finanziellen Möglichkeiten der Hansestadt Rostock um Längen besser als in anderen Landkreisen in Mecklenburg Vorpommern. Und um eine „Insellösung“ zu vermeiden und gleiche Voraussetzungen für die Kommunen zu schaffen, sei es aus der Sicht des Senators wichtig, eine landeseinheitliche Lösung zu finden, schon allein aus dem Grund, andere Kommunen beim Thema Kinderbetreuung nicht zu benachteiligen.
Wie Senator Bockhahn weiter ausführte, ist aus Sicht der Verwaltung dringend davon abzuraten, ausschließlich in der Krippe, wie die Initiative forderte, eine Änderung des Schlüssels vorzunehmen. Dies verursacht erhebliche Risiken, die nach derzeitigem Ermessen zu bedeutendem finanziellen Schaden führen können. Die vorgelegte Berechnung des Schlüssels erscheint zudem aus seiner Sicht und der seiner Verwaltung als grob fehlerbehaftet.
Die Rechtsaufsicht der Hansestadt hat dazu noch unaufgefordert am 07.06.2021 mitgeteilt, dass sie den vorliegenden Antrag für vermutlich rechtswidrig hält. Begründet wird dies mit der vorgeschlagenen Finanzierung. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass auch das Bürgerbegehren durch die Rechtsaufsicht als voraussichtlich rechtswidrig betrachtet wird. Die zur Finanzierung vorgesehenen Beträge sind bereits Bestandteil der Haushaltssatzung und somit gebunden.
Vor einer endgültigen Beschlussfassung der Bürgerschaft ist zudem von der Verwaltung beabsichtigt, die schriftliche Zusicherung der Landesregierung einzuholen, dass eine Beteiligung an den Kosten gemäß KiFöG (derzeit werden 54% der Kosten vom Land übernommen) erfolgt. Eine Finanzierung durch die Kommune allein erscheint daher ausgeschlossen.
Vor diesem Hintergrund hat der Senator nochmal nachdrücklich eine Vertagung des Antrages empfohlen, um die derzeit stattfindenden Verhandlungen mit dem Land nicht zu gefährden. Und er wies darauf hin, dass seine Verwaltung kurzfristig eine ergänzende Stellungnahme zu möglichen Alternativen erarbeiten will.
Aufgrund der neuen Erkenntnislage hat dann die CDU-Fraktion einen Antrag für eine 10-minütige Pause gestellt. In der Pause trafen sich die Fraktionsvorsitzenden, die Präsidentin und die Senatoren für Soziales Bockhahn und Finanzen von Wrycz Rekowski zu einer kurzen Aussprache.
Nach der 10-minütigen Aussprache stellte Eva-Maria Kröger einen Geschäftsordnungsantrag zur Vertagung. Sie begründete wie folgt, dass es alle Fraktionen eint, mehr Personal für die Kinder bereitzustellen und dass ein guter nachhaltiger Weg, dies zu erreichen von allen angestrebt werde. Sie folgten damit dem Vorschlag des Senators Bockhahn und wollen die Verhandlungen mit dem Land abwarten, da eine Neuausrichtung mit einem verbesserten Betreuungsschlüssel etwas Zeit brauche. Sie warb um Zustimmung bei der Bürgerschaft und um Geduld bei den Einreichern der Krippen-Initiative, um eine bessere Lösung für alle Beteiligten zu erreichen. Der Antrag auf Vertagung wurde trotz einiger Gegenstimmen der SPD-Fraktion angenommen. Diese war im Vorfeld sehr auf die Initiative eingegangen und hatte viel versprochen. Es ist ja Wahlkampf.

Nach den Anträgen gab es nur noch einige Beschlussvorlagen abzustimmen, danach erzählte unser Oberbürgermeister Madsen, wie toll es gewesen sei, seiner dänischen Königin zu huldigen und brav an ihrer Seite zu sitzen. Und dass er jetzt seine Fühler Richtung Kopenhagen ausfährt um wirtschaftliche Zusammenarbeit zu ermöglichen. Wir wünschen ihm gutes Gelingen.
Die gesamte Bürgerschaftssitzung war kurz und endete aufgrund der Vertagungen nach diesmal nur drei Stunden.
Wer nachlesen oder mehr wissen will, kann sich online beim Kommunalen Sitzungsdienst unter ksd.rostock.de (ohne www in der Adressleiste des Browsers eintippen) informieren. Genießt die Sonne und lasst euch impfen!

Martin Raspe

Zur Versorgungssituation mit Waren des täglichen Bedarfs im Jahr 1986

Die seit einigen Jahren in Brinckmansdorf existierende Konsum-Kaufhalle war für die rund 1.200 Einwohner von Alt-Brinckmansdorf aber auch für Kunden aus den umliegenden Wohngebieten und Gemeinden eine beliebte Einkaufsstätte, auch da es die einzige Verkaufseinrichtung mit einer „komplexen“ Versorgung war.
Die Kaufhalle war im volkstümlichen Sprachgebrauch eine „Großraumverkaufsstelle“ mit 212 Quadratmetern Nutzfläche und 20 Beschäftigten im Jahr 1985. Parkplätze waren kaum vorhanden und sehr knapp.
So wurde zur öffentlichen Mitgliederversammlung des Konsum mit Kundenforum am 30. Oktober 1986 eingeladen. Hier wurde erklärt, dass es unterschiedliche „Versorgungsstufen“ im Handel gibt. Das betrifft vor allem eine qualitätsmäßige Abstufung. So wurde darüber informiert, dass in der Gemeinde Dummerstorf das „Demonstrationsobjekt des Bezirkes“ eine bessere Versorgung ermöglicht.
Wurden im Jahr 1984 für rund 4,2 Mio. Mark Waren umgesetzt, so waren es im Folgejahr 5,2 Mio. Umsatz, so erklärte es voller Stolz die Verkaufsstellenleiterin, Frau Neugebauer. Es wurde auch darüber informiert, dass der Umsatz bei Alkohol überdurchschnittlich gestiegen ist. Wozu eine Frau im Kundenforum die Frage aufwarf: „ Sind wir so ein durstiges Volk, wir versaufen noch unseren ganzen Verstand“? - so habe ich es wörtlich mitgeschrieben. Eine Teilnehmerin ärgerte sich über das „Herumschreien“ der Beschäftigten, vermisste, dass einige nicht „lächeln“ können. Die Sortimentsveränderung im Sinne der Kunden wurde mit Zufriedenheit zur Kenntnis genommen. Gleichzeitig wurde kritisiert, dass der „Aufschnitt“ im Wurstbereich unzureichend ist. Unmut wurde geäußert über das unzureichende Obst- und Gemüseangebot. Im Gedächtnis geblieben ist mir eine Äußerung einer Verkäuferin am Fleisch- und Wurststand beim Rüberreichen einer Blutwurst an eine Kundin, ein Stück „Negerpimmel“.
Stolz wurde verkündet, dass im sozialistischen Wettbewerb der Obst-Gemüse-Speisekartoffeln-Aufkaufstellen unsere Kaufhalle „Sieger“ wurde beim Aufkauf von Obst und Gemüse von den Einwohnern. Sonnabends war immer Aufkauftag. Es wurde auch auf Probleme verwiesen, wie beispielsweise ausgefallene Kühltruhen, weil der Kühlanlagenbau nicht über entsprechende Sicherungen verfügte.
Der Repräsentant des Konsum-Kreisverbandes dankte den Beschäftigten der Kaufhalle für ihren Fleiß besonders auch unter dem Aspekt, dass die „projektierte“ Verkaufsleistung weit überboten wird.
Rainer Penzlin

DIREKTKANDIDATEN STELLEN SICH VOR

KAREN LARISCH

Teilhabe für Alle

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,
Ich trete im Wahlkreis 16 (Güstrow/Güstrow Land-Bützow/ Bützow-Land) erneut zur Landtagswahl an. Eine Legislatur habe ich hinter mir und es war spannend und anstrengend zugleich. Wer ganz ehrlich mit sich selbst ist, man braucht ca. 2 Jahre um sich einzuarbeiten und die „große“ Politik zu verstehen. Eine zweite Legislatur ermöglicht es Projekte und Herzensangelegenheiten umzusetzen.
In den letzten 5 Jahren habe ich im Petitionsausschuss, im Untersuchungsausschuss Wohlfahrt und im Untersuchungsausschuss NSU gearbeitet. Themenbezogen auch im Sozialausschuss und Bildungsausschuss. Das würde ich gerne weiterführen und mit und für die Menschen etwas ändern.
Ich bin zweifache Mutter und auch schon Großmutter, engagiere mich in Gruppen und Initiativen, Beiräten, habe einen Verein gegründet und bin in der Kommunalpolitik aktiv.
Seit 52 Jahren lebe ich in Güstrow. Die Stadt Bützow und die umliegenden Gemeinden sind so nah, dass sie seit meiner Kindheit dazu gehören. Eine wunderschöne Landschaft macht es uns leicht Seen, Wälder und weite Felder mit viel frischer Luft zu genießen. Aber leider fahren Bus und Bahn so selten und nur an größere Orte, so dass es für viele Menschen schwierig ist, dies auch zu genießen.
In all den Jahren ist mir auch immer bewusst geworden, dass diese Besuche in Wildparks, Miniaturstädten, Museen,

Schwimmbädern, Klöstern und Schlössern nicht jedem Menschen finanziell möglich sind.
Körperliche Einschränkungen, nicht vorhandene Barrierefreiheit, ökonomische Armut, schlechte Zug- und Busverbindungen machen es vielen Menschen schwer all das zu tun.
Teilhabe steht aber für die Gewährleistung gleicher Chancen, Einbeziehung in die Gesellschaft und Schutz vor willkürlicher Ungleichbehandlung.
Den Blick auf alle Menschen zu lenken ist mir wichtig. Alle haben dieselbe Würde, die gleichen Rechte - aber auch Pflichten.
Zu den Rechten gehören ausreichendes Einkommen, Wohnraum und medizinische Versorgung, Bildung und Kultur sowie ein selbstbestimmtes Leben. Zu den Pflichten zähle ich, dass die Menschen die viel haben sich finanziell mehr beteiligen als z.B. Mindestlohnempfänger/-innen.
Seit Jahren setze ich mich in der Kommunalpolitik und Gesellschaft für politische, kulturelle, soziale und ökonomische Teilhabe aller Menschen ein. Aktiv in Beiräten, in Gruppen und Vereinen, die das Selbstbestimmungsrecht der Menschen verteidigen, Aufklärung bieten und wenn nötig berechtigte Forderungen aufstellen.
In der Landespolitik möchte ich MIT den betroffenen Menschen gemeinsam an den gesetzlichen Grundlagen arbeiten – Teilhabe für Alle muss endlich Wirklichkeit werden.
Eure/ Ihre Karen Larisch

Möchten Sie mehr erfahren?
Teilhabe, Chancengerechtigkeit, Schutz vor willkürlicher Ungleichbehandlung - kontaktieren Sie die Partei DIE LINKE. und mich als Ihre Kandidatin:
Wahlbüro: Markt 34, 18273 Güstrow und auf der Straße
Telefon: 0174/4933644
Und natürlich in den Sozialen Medien- Facebook, Twitter und Instagram

CARSTEN PENZLIN

Vor 10 Jahren habe ich zum ersten Mal versucht, den Wahlkreis Rostock I (Heide, Wamü, Groß Klein, Schmarl, Lichtenhagen) zu erobern. Ich wusste danach, wie kräftezehrend ein Wahlkampf sein kann, und vor 5 Jahren habe ich gedacht, das tust du dir nicht mehr an. Aber es juckt mich in den Fingern, den Menschen zu sagen, was im Lande schiefläuft und wie wir es besser machen können. Die Corona-Pandemie hat vielleicht doch viele Menschen aufgerüttelt und zum Nachdenken gebracht, ich möchte im Wahlkampf Denkanstöße geben, will nicht nur das Wahlprogramm der Linken herunterbeten, sondern auch eigene Lebenserfahrungen einbringen.
So oft passiert es ja nicht, dass Unternehmer für die Linke kandidieren, aber ich fühle mich als Kleinunternehmer sehr gut in dieser Partei aufgehoben. Und es gibt doch in MV viele Menschen wie mich, die sich eine kleine Existenz aufgebaut haben, die damit das Rückgrat der lokalen Wirtschaft bilden. Die sich aber auch bedroht fühlen durch den Kapitalismus, durch übermächtige Unternehmen, die einen fairen Wettbewerb unmöglich machen. Die sich im Stich gelassen fühlen durch ein verkorkstes Krisenmanagement, das wir nun seit über einem Jahr bewundern dürfen.
Ich möchte auch Sprachrohr **dieser** Menschen sein, die in ihrer Enttäuschung ja vielleicht zum ersten Mal die LINKE wählen werden. Ich bin zwar kein Arbeitgeber, aber ich werde natürlich auch die Verantwortung von Unternehmen und Staat benennen, dass unser Bundesland aus dem Lohnkeller herauskommt. Die Lohnentwicklung ist hier in MV ein zentrales Thema unserer Zeit; es geht nicht mehr darum, Arbeitsplätze um jeden Preis zu schaffen, sondern **gute** Arbeit anzubieten – mit guten Löhnen und Respekt vor Arbeitnehmerrechten. Das hat auch in der Bevölkerung noch nicht jeder begriffen und freut sich dann über die Ansiedlung von Unternehmen wie Amazon oder Decathlon.
Ja und da merken wir auch gleich, dass mit unserem Bildungssystem etwas nicht in Ordnung ist. Denn jeder, der rechnen kann, weiß doch, dass 11 Euro in der Stunde kaum zum Leben, aber schon gar nicht für eine Rente reichen. Das müssen wir den Menschen tatsächlich noch erklären, und das tue ich gern. Die Lohnspirale muss sich nach oben drehen, nicht nach unten, und Corona darf kein Vorwand sein, diese Entwicklung zurückzudrehen.
Die Wirtschaft in M-V kann auch nur dann gedeihen, wenn die jungen Menschen ihren Weg durchs Leben mit einer guten Ausbildung beginnen – von der Kita über die Schulen und Berufsschulen bis zur Universität. Voraussetzung hierfür ist, dass die Schlamperei in der Bildungspolitik ein Ende findet. Seit 30 Jahren befindet sich unser Bildungssystem im Sinkflug, wir haben im Wahlprogramm viele tolle Vorschläge, es besser zu machen. Damit werden wir vielen Eltern und Großeltern aus dem Herzen sprechen.
Woran richten Menschen ihre Wahlent-

scheidung aus? Vor allem doch an Dingen, die ihren Alltag berühren. Die Zukunft des eigenen Nachwuchses berührt alle Menschen. Auch die Gesundheit ist ein solches Thema, in diesen Zeiten erst recht. Vor allem bei den Universitätskliniken steht das Land in der Pflicht, eine optimale Versorgung zu gewährleisten. Die Rostocker Uniklinik hat turbulente Jahre hinter sich, und natürlich hängt hier vieles von der Bundespolitik und dem unsäglichen Fallpauschalensystem ab; es ist aber Zeit, dass die Landespolitik sich klar dazu bekennt, dass die Versorgung der Patienten Vorrang hat vor dem Streben nach Gewinn oder einer schwarzen Null!

Diese Themen möchte ich vor allem in meiner Wahlkampagne im Internet bearbeiten. Wir wissen ja noch nicht, in welcher Form Wahlkampf möglich sein wird, aber online geht immer was. Ich werde versuchen, bei Facebook und Instagram gezielt bestimmte Bevölkerungsgruppen anzusprechen; dazu gehören junge Menschen, aber auch Ältere, von denen viele längst in den sozialen Netzwerken unterwegs sind. So werden wir am Ende mit einem Mix von verschiedenen Instrumenten möglichst alle politisch interessierten Menschen erreichen.
Eines werde ich auch offen sagen: Ich möchte, dass wir nach der Wahl Teil einer rot-rot-grünen Koalition werden, die alle beschriebenen Probleme anpacken will. CDU und SPD haben sich in den vergangenen Jahren zu oft gegenseitig blockiert, die SPD wird sich in einer Koalition mit uns nicht mehr dahinter verstecken können, dass die CDU die Umsetzung aller guten Vorschläge verhindert. Dass es eine Mehrheit für eine rot-rot-grüne Koalition gibt, ist in Deutschland und auch in Ostdeutschland keine Selbstverständlichkeit. Wir sollten nach der Landtagswahl ein klares Signal setzen, dass es Mehrheiten links von der CDU gibt, und dann sollten wir eine gute Leistung in der Regierung abliefern, am besten in den Bereichen Bildung und Soziales.

Ich werde im Wahlkampf natürlich viel schimpfen und kritisieren, aber ich werde vor allem Vorschläge machen, wie es besser werden kann. Hinter den Menschen liegen dann schwere Monate mit vielen Sorgen und Entbehrungen. Ich möchte Mut machen und die Zuversicht wecken, dass eine kluge und soziale Politik möglich ist. Meine Vorschläge sollen seriös und realistisch sein, aber nicht langweilig – ich werde meine Fähigkeit, knackig zu formulieren, gerne in den Wahlkampf einbringen und dabei auch aktuelle Themen aufgreifen, wenn es sich anbietet.
Mein Wahl-Slogan lautet „Herz statt Ellenbogen“. Das klingt ein bisschen sentimental, aber es fasst meinen Politikansatz gut zusammen. Ich möchte in einer Gesellschaft leben, in der niemand zurückgelassen wird. Jeder Mensch muss die Möglichkeit haben, in Würde zu leben. Dafür setze ich mich ein. Bitte nehmen wir die Coronakrise zum Anlass, unser Land sozialer und gerechter zu machen.
Das ist mein Ziel, ich hoffe, dass ihr mich in unserem Wahlkreis dabei unterstützt. Wenn ihr Vorschläge für Themen habt, wenn Ihr nicht einverstanden seid mit meinen Vorschlägen oder meinem Stil, dann sagt mir bitte Bescheid.

AUS DEM BUNDESTAG

ES IST AN DER ZEIT SICH ZU BEDANKEN

Nach 16 Jahren beendet Heidrun Bluhm-Förster ihre verantwortungsvolle Tätigkeit als Mitglied des Deutschen Bundestages mit der Neuwahl des Bundestages am 26.09.2021.
16 lange Jahre Arbeit nicht nur im Plenum und den Ausschüssen des Bundestages, sondern vor allem im Wahlkreis vor Ort, bei den Menschen mit ihren Freuden, aber vor allem ihren Problemen.
Ich hatte das große Glück Heidi von Beginn an, erst als Wahlkreismitarbeiter im Hauptamt und später im Ehrenamt, in ihrer Zeit als Abgeordnete begleiten zu dürfen.
Viele neue Ideen wurden in die Praxis umgesetzt. So zum Beispiel die „Landtouren“, in denen wir bewusst in den Sommermonaten, außerhalb der Wahlkampfzeiten, im ländlichen Raum unterwegs waren, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Die Vorbereitungen und Durchführung waren stets eine große logistische Herausforderung. Es war sozusagen der **Vorläufer** der heute im Wahlkampf so gepriesenen **Haustürgespräche**, aber eben auf dem „flachen Land“.
Im Nachhinein kann ich nur sagen, es hat sich immer gelohnt, wir waren präsent!!!
Gern denke ich an die unzähligen Gespräche im Wahlkreis zurück, bei denen uns durch Heidi Türen geöffnet wurden, die ansonsten für uns verschlossen geblieben wären.
Als ehemaliger Kreisvorsitzender und Kreisgeschäftsführer des Kreisverbandes Landkreis Rostock möchte ich aber auch an die Zeit erinnern, als Heidi neben ihrem Bundestagsmandat auch das Ehrenamt der Landesvorsitzenden unserer Partei mit sehr viel Engagement und auf Kosten ihrer Gesundheit ausfüllte.
Wir hatten das große Glück, dass Heidrun für ihr Wahlkreisbüro, zuerst in Bad Doberan und seit 2008 in Güstrow, eine Bürogemeinschaft gemeinsam mit uns als Kreisverband mit eigenem Untermietsvertrag gebildet hat.
An vielen Projekten beteiligte sich Heidi finanziell gemeinsam mit ihrem Ehemann Uwe, ohne es an die „große Glocke“ zu hängen.
Die Praxis der vergangenen 30 Jahre zeigt uns aber, dass ein solches Handeln längst keine **Selbstverständlichkeit** war und ist.
Und gerade deshalb möchte ich die Gelegenheit nutzen, um mich im Namen unseres Kreisverbandes, Landkreis Rostock, und natürlich in meinem eigenen Namen für die 16-jährige gute Zusammenarbeit und die allseitige Unterstützung bei Dir, liebe Heidrun, recht **herzlich zu bedanken!!!**
Ich wünsche Dir für den kommenden Lebensabschnitt, gemeinsam mit Deinem Uwe und euren Familien, bestmögliche Gesundheit, viel Glück und uns weitere gute Zusammenarbeit.
Alles Gute liebe Heidi!

Peter Hörnig

KUNST AM BAU

Ausstellung „70 Jahre Kunst am Bau“, 01.07. Eröffnungsgrußwort der Präsidentin der Bürgerschaft Regine Lück

Sehr geehrte Damen und Herren des bundesweiten Sachverständigenrates, sehr geehrte Frau Dr. Ute Chibidziura (Referentin für Kunst am Bau des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung), sehr geehrte Gäste,
als Präsidentin der Rostocker Bürgerschaft freue ich mich, heute die Wanderausstellung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung „70 Jahre Kunst am Bau“ eröffnen zu dürfen. Im Jahr 2020 feierte der Bund 70 Jahre Kunst am Bau in Deutschland. Denn 1950 wurde fast zeitgleich sowohl im Deutschen Bundestag als auch in der Volkskammer der DDR die Beteiligung bildender Künstler bei staatlichen Baumaßnahmen beschlossen und ein Anteil der Bausumme für Neubauten und Wiederinstandsetzungen staatlicher Gebäude für Kunst vorgesehen. Um das seit 70 Jahren währende Engagement in diesem Bereich und die vielfach hervorragenden Kunst-am-Bau-Arbeiten der Öffentlichkeit zu vermitteln, zeigt die Ausstellung ausgewählte Kunst-am-Bau-Projekte, die seit 1950 im Auftrag des Bundes und der DDR im In- und Ausland entstanden sind.

Ziel der Ausstellung ist es, darzustellen, wie vielfältig die Kunst am Bau in Form und Inhalt sein kann und wie sie zu Qualität und Aussage von Bauten beitragen kann: Durch ihren engen Bezug zu Raum und Ort, Inhalt und Funktion kann sie einen Bau hervorheben oder auf ihn reagieren und damit einem spezifischen Ort eine besondere Bedeutung verleihen.

Ergänzt wird die Präsentation durch einen Beitrag zu Rostock, was mich als Rostokkerin, die in dieser schönen Stadt seit über 60 Jahren lebt, besonders freut. Kunst am Bau kann man in Rostock an vielen Orten finden. Ich will ganz ehrlich sein: nach meiner Einschätzung verdanken wir die heute noch zu bewundernde Kunst am Bau vor allem der zu DDR-Zeiten traditionsbewussten Stadtgestaltung, die trotz der oft schwierigen Bedingungen versuchte, an die Backsteinarchitektur anzuknüpfen. Dies zeigte sich schon beim Bau der Langen Straße – auch wenn es dafür, wie wir alle wissen, noch ein anderes architektonisches Vorbild gab... Ambivalent zu betrachten ist aus heutiger Sicht bestimmt auch die Sanierung der Nördlichen Altstadt. Der Verlust historischer Bausubstanz ist heute noch schmerzlich, aber man kann nicht umhin festzustellen, dass das Viertel damals ein unverwechselbares hanseatisches Gesicht erhielt, auf das viele Rostockerinnen und Rostocker stolz waren und größtenteils immer noch sind. In meiner kleinen Aufzählung will ich aber auf gar keinen Fall unsere Neubaugebiete vergessen, bei denen die Erbauer unter noch viel schwierigeren Bedingungen versuchten, eine Verbindung zwischen Tradition und Moderne herzustellen und darüber hinaus Kunst oder künstlerische Elemente mit einzubinden.
Einer der Protagonisten dieser Entwicklung – und ohne ihn dürfte die heutige Veranstaltung natürlich auch gar nicht stattfinden – ist Michael Bräuer. Ich freue mich sehr, dass Sie da sind! Sie haben in Ihrer jahrzehntelangen Tätigkeit als Stadtplaner und Architekt Ihre Spuren hinterlassen. Als einen anderen durchsetzungsstarken Akteur möchte ich gern auch Christoph Weinhold erwähnen, der voller Überzeugung versuchte, jedem unserer Stadtteile sein eigenes Gesicht zu geben.
Zu den Akteuren gehörten aber selbstverständlich auch die Künstlerinnen und Künstler, die Ausführenden am Bau und politisch Verantwortliche, ohne die das alles nicht entstanden wäre.
Warum spreche ich so ausführlich über die lang zurückliegenden Zeiten? Ganz bestimmt nicht, weil ich eine Linke bin. Sondern vielmehr deshalb, weil ich so meine Probleme habe mit der baulichen Entwicklung unserer Stadt nach der Wende! Von Kunst am Bau oder im öffentlichen Raum gibt es zu wenig. Diese persönliche Meinung erlaube ich mir nach 15 Jahren baupolitische Sprecherin der Linken im Landtag.
Vielfach diktierte der Investorenwille, wie gebaut wird, die Gestaltung wurde der Funktionalität geopfert. Die Bauten lassen sich überall hin verorten. Sie könnten in jeder x-beliebigen Stadt stehen. Der Charme Rostocks blieb leider allzu oft auf der Strecke. Es muss noch besser gelingen Kunst am Bau etwa in der Städtebauförderung oder der Förderung wirtschaftsnaher Infrastruktur zu etablieren.
Es gibt auch mahnende Kunst am Bau. Das Sonnenblumenhaus, ein Beispiel für Kunst am Bau am Giebel von Geschosswohnungsbauten in der DDR, ist weit über Deutschland hinaus bekannt geworden. Es steht seit fast 30 Jahren als Symbol für Ausländerfeindlichkeit in Rostock und wird immer mit den Anschlägen in Lichtenhagen im Jahr 1992 verbunden bleiben.
Es gibt durchaus auch viele gute Bespiele in Rostock:
- das Street-Art-Mädchen mit Luftballon an der Polizeidienststelle in der Ulmenstraße 54
- „Metis“, Skulptur und Wandgestaltung im Vestibül des Universitätshauptgebäudes
- „Paternoster“, Fotomontage auf Glas im neu gebauten Institut für Physik u.a. mehr

Aber es sind einfach zu wenige Hingucker oder sie liegen – wie ja auch die Ausstellung zeigt, im Verborgenen, im Inneren von Gebäuden. Sie sind nicht oder für zu Wenige zugänglich.
Was Kunst am Bau angeht, ist noch viel Luft nach oben. Deshalb will ich heute auch Forderungen stellen.
1. Die Corona Pandemie traf und trifft in besonderem Maße Künstlerinnen und Künstler. Deshalb ist es wichtig, trotz enormer Kreditaufnahmen durch Bund und Land sowie weiter steigenden Baupreisen bei Baumaßnahmen der öffentlichen Hand ein Budget für „Kunst am Bau“ fest einzuplanen und keinesfalls dort den Rotstift anzusetzen.
2. Ich mahne die konsequente Anwendung der Richtlinie für den Landesbau M-V im Bereich „Kunst am Bau“ bei Landesbauten an. Es gibt viele Landesbauten, bei denen trotz Richtlinie auf „Kunst am Bau“ verzichtet wurde.
3. Bei Hochbaumaßnahmen, die nicht der öffentlichen Nutzung dienen, aber Ausstrahlung in den öffentlichen Raum haben und mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, sollten Zuwendungsbescheide mit der Auflage der Umsetzung von „Kunst am Bau“ versehen werden.

Aber nun zurück zur heutigen Ausstellungseröffnung. Es ist sehr schön, dass wir diese Ausstellung in Rostock haben. Ich freue mich darüber außerordentlich!

TERMINE

WANN?	WO?	WAS?
Mo., 19.7., 17.00 Uhr	Rostock Neuer Markt	Kundgebung für bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege
Mi., 21.7., 18.30 Uhr	Hotel Herrenhaus Dolgen am See	Sitzung des LRO-Kreisvorstandes
Sa., 7.8., 9.30 Uhr	Waldemar Hof	Kreisparteitag Rostocker LINKE
Di., 10.8., 18.00 Uhr	Neumitglieder- und Neustarttreffen	Zwischenbau, Erich-Schlesinger-Str. 19a, 18059 Rostock

GEBURTSTAG

Unser Willy ist der Beste ... Und er wurde am 22. Juni 90 Jahre alt!

Willy Haag ist seit vielen Jahren Stadtteilsprecher Reutershagens – ein verlässlicher Partner des Kreisvorstandes, ein Genosse, der mit seiner Herzlichkeit und Fröhlichkeit den Zusammenhalt im Kreisverband stärkt. Ein aufmerksamer Zeitgenosse, der auch vor Kritik nicht zurückscheut – aber immer gerecht, sachlich und konstruktiv.
Die beiden Kreisvorsitzenden Eva und Carsten gratulierten unserem Willy ganz herzlich in seiner Wohnung und wünschen ihm und Inge noch viele glückliche gemeinsame Jahre.
Mit 90 kann man es auch mal ein bisschen ruhiger angehen lassen, lieber Willy. Wir wünschen Dir alles Gute und bedanken uns für Dein wertvolles Engagement für eine bessere Welt.

***

Der Christopher Street Day erinnert in jedem Jahr an das erste bekannt gewordene Aufbegehren von Homosexuellen und anderen sexuellen Minderheiten gegen Unterdrückung und Diskriminierung. Dieser Kampf ist noch lange nicht vorbei.
Auf jedem CSD wird kräftig gefeiert, in Rostock findet aber auch in jedem Juli am OdF-Denkmal im Rosengarten ein Gedenken an die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus statt. Auch die beiden LINKE-Kreisvorsitzenden aus Rostock und dem Landkreis Rostock waren vor Ort anwesend.

IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin, Julia Schlaefer
Layout: Carsten Penzlin
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

LYRIK

Kleiderordnung
(von Jürgen Riedel)

SPDler ohne Krawatte
CD/CSUler mit
ansonsten ihre Programme
zum Teil Jacke wie Hose

Haarsträubend *(von Jürgen Riedel)*

Friseure geöffnet Theater geschlossen
Haupt-sächlich Qualitätskultur
muss Haare lassen
Affentheater
kopflose Corona-Politik

Wie Marktwirtschaft Alter einschätzt
(von Jürgen Riedel)

Bei 40 Jahren:
Top-Manager jung und dynamisch
Langzeitarbeitslose alt und verbraucht

Rentner paläoalt und unnütz-brutal
zum Bruttosozialprodukt

WAHLKAMPF

Die Unions-Pläne sind ein Schlag ins Gesicht der Leistungsträger

Gastbeitrag von Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch
t-online.de, 04. Juli 2021

Die Inflation zieht an. Die Preise steigen. Die Reallöhne sinken. Das Leben wird teurer. Das ist nicht nur Wahrnehmung, sondern bittere Realität für die ganz normalen Leute im Land. Steigende Energiepreise sind eine neue soziale Frage. Die Klimapolitik der Bundesregierung ist im Kern Alibi-Politik, weil sie vieles einfach teurer macht, ohne dass es dem Klima hilft. Drei Kanzlerkandidaten, eine Meinung. Es ist geradezu naiv anzunehmen, dass 16 oder auch 60 Cent mehr an der Tankstelle das Klima retten, trotzdem setzen Laschet, Scholz und Baerbock auf dieses Instrument.
Noch nie wurden in Deutschland so viele Güter auf der Straße transportiert wie 2019. Der Güterverkehr auf der Schiene dagegen geht immer mehr zurück. Das ist klimapolitisch unhaltbar. Statt also einen Plan vorzulegen, den Güterverkehr auf die Schiene zu verlegen, sollen Bürger mehr zahlen, obwohl sie meist keine Alternative haben. Lenkungswirkung Fehlanzeige. Dieser Ansatz ist grundfalsch. Die CO2-Bespreisung, deren Kosten für die Verbraucher außer Kontrolle geraten, darf so nicht fortgeführt werden. Wir müssen die Wegwerfwirtschaft überwinden, auf neue Technologien setzen, regionaler produzieren, statt die Leute zu gängeln und ihnen ins Portemonnaie zu greifen. Alternativen schaffen anstatt Alternativloses immer teurer zu machen, ist die Aufgabe.

Ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben, versprach die scheidende Kanzlerin vor der letzten Wahl. Die Mehrheit der Bürger lebt unter unseren Möglichkeiten. Das ist die Bilanz von 16 Jahren Angela Merkel. Löhne, Steuern, Kosten: Die Rechnung geht für Arbeitnehmer und Rentner immer weniger auf. Angesichts leerer öffentlicher Kassen nach Corona wird der Spardruck zunehmen. Bei Renten und anderen sozialen Leistungen drohen weitere Kürzungen, über die vor der Wahl kaum jemand redet. Mit dieser Politik zulasten der normalen Bürger muss Schluss sein!
CDU und CSU wollen Spitzenverdiener und Konzerne entlasten, die auch dank Staatshilfen vielfach gut durch die Krise gekommen sind, so dass sie auch in diesem Jahr wieder Milliarden an ihre Aktionäre ausschütten konnten. Mindestens 30 Milliarden Euro werden Mittelschicht und Geringverdiener für die geplanten Steuergeschenke aufbringen müssen, sollte Armin Laschet Bundeskanzler werden. Nach fast zwei Jahren fragwürdiger Corona-Politik, die die Reichsten noch reicher gemacht hat und der Mitte und den Ärmeren teils erhebliche Einschnitte bescherte, sind die Steuerpläne der Union ein Schlag ins Gesicht der wahren Leistungsträger der Gesellschaft.
Das Steuergeschenk der einen ist die Abzocke der anderen. Vier dicke Rechnungen präsentiert die Union der Krankenschwester und dem Busfahrer: erstens die Corona-Schulden, zweitens immer höhere Energiepreise, drittens weitere Rüstungsmilliarden, die an anderer Stelle fehlen, und jetzt auch noch Steuersenkungen für die, die sie nicht brauchen.

Gewinner: Die „andere Buchhandlung" aus Rostock, geführt von Manfred Keiper, wurde mit dem Deutschen Buchhandlungspreis geehrt. Als bester unabhängiger Buchladen Deutschlands!
Unseren Glückwunsch an Manfred Keiper sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der „anderen Buchhandlung" aus Rostock!
Verlierer: Prof. Dr. jur. Ralph Weber, AfD, wurde als Direktkandidat im vorpommerschen Wahlkreis 30 (Wolgast/Usedom) von seiner eigenen Partei abgewählt. Zuvor war es ihm schon nicht gelungen einen Platz auf der Liste der AfD zur Landtagswahl in M-V zu erringen.

MONATSZAHL

500.000 Euro spenden deutsche Start-up-Unternehmer der FDP, um eine rot-rot-grüne Bundesregierung zu verhindern.

MONATSZITAT

Peter Ritter: „Für die Abgeordneten und Mitarbeiter*innen meiner Fraktion ist klar. Wir lassen uns impfen! Wir rufen die Einwohner*innen unseres Bundeslandes auf, dies ebenso zu tun. Denn man schützt damit nicht nur seine eigene Gesundheit, sondern auch die seiner Kinder, Enkel, Großeltern."

LYRIK

Urlaub *(von Janina Niemann-Rich)*

Gedankenflüge flügellahm
mein Hirn in Sommerpause

Reise *(von Janina Niemann-Rich)*

Wolken ziehen an den Ort
wo ich bin

Sommer *(von Janina Niemann-Rich)*

Salzwogenschaum
an jahrtausendaltem Muschelkalk
gereift zu feinsandigem Weiß

Strand gut *(von Janina Niemann-Rich)*

Feenwind
berauschende Musik
mein Ostseesommer